

Sonderausgabe zur Landtagswahl 2023
Landesfeuerwehrverband Hessen e. V.



LFV Hessen

LFV-Infodienst *news*

Nr. 6



Dem Hessischen Landtag gehören in der aktuellen Wahlperiode 137 Abgeordnete an

Die Wahl zum 21. Landtag in Hessen
findet am 8. Oktober 2023 statt

Wahlprüfsteine
des LFV Hessen

TITELTHEMA

Vor den in diesem Jahr stattfindenden Landtagswahlen möchte der Landesfeuerwehrverband Hessen seine mehr als 500.000 Mitglieder über die Positionen derzeit im Hessischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien zu aktuellen und zukunftsweisenden Fragen des Brand- und Katastrophenschutzes informieren.

2.600 Freiwillige und 7 Berufsfeuerwehren in den 421 hessischen Gemeinden und Städten sichern mit ihrem ehren- und hauptamtlichen Engagement den Brand- und Katastrophenschutz in Hessen. In den Kinder- und Jugendfeuerwehren, den Einsatzabteilungen und Ehren- und Altersabteilungen sowie den Feuerwehrvereinen wird ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement geleistet. Diese Arbeit gilt es zu unterstützen und zu fördern.

FRAGEN & ANTWORTEN

Zu den Themenbereichen:

Kinder-/Jugendfeuerwehren	6
Einsatzabteilungen	8
Feuerwehrvereine/ Ehren- und Altersabteilungen	30
Entwicklung der Besoldungsstruktur der ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte	34
Klimapolitik und Mobilität	36

KOPIEREN ERWÜNSCHT

Bitte machen Sie diese Informationen allen interessierten Feuerwehrangehörigen zugänglich. Bitte hängen Sie die wichtigsten Informationen außerdem am »Schwarzen Brett« aus.

IMPRESSUM

Informationsdienst des

Landesfeuerwehrverbandes Hessen

Sonderausgabe LFV news

Nr. 6, September 2023, 30. Jg.

HERAUSGEBER:

Landesfeuerwehrverband Hessen e. V.

Kölnische Straße 44 – 46, 34117 Kassel

Telefon 05 61/78 89-4 51 47

Telefax 05 61/78 89-4 49 97

E-Mail: Info@feuerwehr-hessen.de

Internet: www.feuerwehr-hessen.de

REDAKTION:

Günter Fenchel / Harald Popp / Jan-Hendrik Tripp

Titelbild: Felix Schmitt

(Quelle <https://hessischer-landtag.de/bildergalerien>)

Weitere Bilder: Hessischer Landtag

Die Fotos der Spitzenkandidaten wurden von den angefragten Parteien zur Verfügung gestellt.

DRUCK:

Meister Print & Media GmbH, 34123 Kassel

PARTNER DES LFV:



Hessen vor der Landtagwahl

Wie geht es weiter im Bereich Brand-, Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz?

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Feuerwehrkameradinnen
und Feuerwehrkameraden

wir als Feuerwehren sind auch ein wesentlicher Bestandteil unseres demokratischen Systems. Demokratie ist eine großartige und überaus wichtige Errungenschaft und sie lebt vom Mitmachen! Dies gilt nicht nur innerhalb unserer Organisation und in unseren Strukturen, wo wir in den Einsatzabteilungen und auch in den Vereinen unsere Führungskräfte demokratisch selbst wählen.

Mit den Wahlen zum Hessischen Landtag haben wir alle fünf Jahre die Chance, die Abgeordneten und Parteien zu wählen, die unsere Interessen im Parlament vertreten sollen. Am 8. Oktober 2023 ist es wieder so weit.

Ich appelliere daher an Euch, dieses wichtige demokratische Mitbestimmungsrecht zu nutzen und von Eurem Wahlrecht am Tag der Landtagswahl am 8. Oktober oder zuvor per Briefwahl Gebrauch zu machen.

Gerade in diesen Zeiten, wo im schlimmen und mehr als unnötigen Ukraine-Krieg auch für unsere demokratischen Werte und unser System gekämpft wird, ist es wichtig zu verdeutlichen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. In vielen Ländern beneiden uns die Menschen um dieses demokratische System. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Demokratie durch die aktive Teilnahme unterstützen. Vor einer Entscheidung in der Wahlkabine oder beim Ankreuzen des Stimmzettels gilt es, die unterschiedlichen Positionen der Bewerberinnen und Bewerber und der Parteien zu prüfen und zu bewerten.

In einem sind wir vielen Bundesländern voraus. In Hessen waren die Themen und Entscheidungen zum Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz und das gesamte Thema »Feuerwehr« im Landtag in den meisten Fällen fraktionsübergreifend von großer Einigkeit geprägt.

Gleichwohl muss man sich für ein Kreuz entscheiden. Wir als Feuerwehren und der Landesfeuerwehrverband als Interessenvertretung agieren überparteilich. Daher

geben wir klar auch keine Wahlempfehlung ab. Wir sind mit nahezu allen Fraktionen zu jeder Zeit in engen Gesprächen. In den letzten fünf Jahren haben wir intensiv mit den Parteien und oftmals auch im Hessischen Landtag oder in den Landesgremien durch Präsenz und in engagierten Gesprächen unsere Forderungen und Themen platziert. Das wollen wir

auch in Zukunft so handhaben, da wir als größte Hilfsorganisation im Katastrophenschutz nun mal einen wichtigen Beitrag zur Inneren Sicherheit leisten und es sich lohnt, die wichtigen und zahlreichen Themen für unsere Feuerwehren, für unser System direkt bei den Entscheidungsträgern anzubringen und vorzutragen. Wir haben im Vorfeld wieder alle demokratischen Parteien mit zahlreichen Fragen und Themen rund um die Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes beschäftigt. Dabei geht es nicht nur um die zukünftige Finanzierung des Feuerwehrwesens in Hessen, sondern auch um Ausbildung, Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen und die Ausstattung in der Zukunft. Die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine haben wir rechtzeitig in diesem Heft im Wortlaut unkommentiert zusammengestellt. So haben Sie/habt Ihr alle die Möglichkeit, Euch selbst ein Bild davon zu machen, welche Partei die Interessen unseres Feuerwehrsystems auch weiterhin und vor allem für die Zukunft bestmöglich vertritt.



Norbert Fischer
Präsident Landesfeuerwehrverband Hessen

– Fortsetzung auf der nächsten Seite –

Der Landesfeuerwehrverband als Interessensvertretung der Hessischen Feuerwehren möchte damit einen Beitrag zur Information für die Landtagswahl leisten, auch wenn es natürlich noch viele andere Themen gibt, die bei einer Entscheidung von Relevanz und Interesse sind.

Und noch eine wichtige Anmerkung: Demokratie kennt keine einfachen Antworten, sondern setzt voraus, dass viele Meinungen gehört und hieraus Antworten und Entscheidungen entstehen. Gerade in der heutigen Zeit, mit immer weiter steigenden und komplexeren Herausforderungen sind die richtigen Antworten und Prozesse oftmals zeitintensiv. Deshalb ist es wichtig, dass die parlamentarischen Gremien sich intensiv mit den Problemstellungen und Antworten sachlich auseinandersetzen, aber auch demokratische Entscheidungen akzeptieren. Auch wenn Emotionalität dazu gehört, ist es wichtig, stets fair miteinander umzugehen und Respekt, Wertschätzung und gegenseitige Anerkennung auch in einer Vorbildfunktion für alle Bürgerinnen und Bürger zu zeigen.

Diejenigen, die Hass sähen, diejenigen die oftmals allzu einfache Antworten als Alternative zu dem demokratischen Miteinander und dem Ringen um die richtige Entscheidung versprechen, sind am Ende gar keine

Demokraten und wollen unser System schwächen oder sogar abschaffen. Hier darf und wird auch von Seiten der Feuerwehren keine Unterstützung erfolgen!

Unsere Feuerwehren, unser System, ist elementar gekennzeichnet durch demokratische Werte, durch Respekt, Anerkennung und Wertschätzung. Wir sind weltoffen und stehen für eine demokratische Gesellschaft. Rassismus, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben bei uns kein Platz. Wir helfen Menschen, die in Not geraten sind, zu jeder Zeit, ohne Ansehen der Person, der Hautfarbe oder der Religionszugehörigkeit.

Liebe Leserinnen und Leser, meine lieben Kameradinnen und Kameraden, wir hoffen, dass diese umfangreiche Sonderausgabe für Ihre Wahlentscheidung hilfreich ist. Gleichzeitig rufen wir auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, wählen zu gehen und mit der Wahl einer demokratischen Partei unser demokratisches System zu unterstützen.

*Mit sehr herzlichen kameradschaftlichen Grüßen
im Namen des gesamten Präsidiums*

Ihr Norbert Fischer

Präsident Landesfeuerwehrverband Hessen e.V.

**Jede Wählerin und jeder Wähler hat zwei Stimmen:
die Erststimme und die Zweitstimme.**

Die Erst- oder Wahlkreisstimme

Mit der Erststimme wird eine Kandidatin oder ein Kandidat aus dem Wahlkreis gewählt. Die Person, die in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht direkt in den Hessischen Landtag ein. Über die Erststimme wird sichergestellt, dass jeder Wahlkreis im Landtag vertreten ist.

Die Zweit- oder Landesstimme

Mit der Zweitstimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Mehrheitsverhältnisse. Dazu legt jede Partei eine Liste mit Personen fest, die sie in den Landtag schicken möchte. Kandidatinnen und Kandidaten, die oben auf der Landesliste stehen, haben größere Chancen ins Parlament einzuziehen. Denn je mehr Zweitstimmen eine Partei erhält, desto mehr Sitze stehen ihr im Parlament zu.



Direktmandate, Überhang- und Ausgleichsmandate

Der Hessische Landtag besteht normalerweise aus 110 Abgeordneten. 55 Abgeordnete werden direkt in den Landtag gewählt. Sie erhalten ein Direktmandat. Die anderen 55 Abgeordnete erhalten ihr Mandat über die Landeslisten.

Es kann passieren, dass eine Partei über die gewonnenen Erststimmen mehr Personen in den Landtag schicken kann, als es die über die Zweitstimmen bestimmten Mehrheitsverhältnisse erlauben. Die Differenz wird durch Überhangmandate ausgeglichen. Ganz praktisch bedeutet das, dass im Plenarsaal zusätzliche Sitze eingebaut werden.

Gleichzeitig werden die Mandate der anderen Partei aufgestockt bis die Sitzverteilung wieder den Mehrheitsverhältnissen entspricht. Erhält eine Partei also Überhangmandate, bekommt eine die anderen Parteien Ausgleichsmandate.



Foto: Plenarsaal, Hessischer Landtag
Fotograf: H. Heibel
Rechts: Hessischer Landtag, Kanzlei

Fragen zur Entwicklung des Feuerwehrwesens

Kinderfeuerwehren/ Jugendfeuerwehren

Über 40.000 Kinder und Jugendliche mit über 10.000 Betreuer:innen in den Kinder- und Jugendfeuerwehren leisten zusammen mit den 75.000 Einsatzkräften einen zentralen Beitrag für unsere Gesellschaft in Hessen. Die Einsatzabteilungen sichern den Brandschutz, unterstützen das kulturelle und öffentliche Leben in Dorf und Stadt. Kinder- und Jugendfeuerwehren sind praktisch das einzige Angebot an Jugendarbeit, das in Hessen noch flächendeckend verfügbar ist. Die Feuerwehren engagieren sich in grundlegendster Form für unsere demokratische Gesellschaft und das insbesondere im ländlichen Raum in einer vollständig ehrenamtlichen Struktur.

» Was tun Sie für den Erhalt dieser Strukturen, die nicht durch Hauptamt ersetzbar sind?



Spitzenkandidat CDU

Boris Rhein



Spitzenkandidatin SPD

Nancy Faeser

Der ehrenamtliche Einsatz kann nicht hoch genug geachtet werden und ist für eine funktionierende Gesellschaft unverzichtbar. Wir sind die Stimme der Feuerwehren und des Ehrenamtes! Gerade in den Kinder- und Jugendfeuerwehren wird unverzichtbare Arbeit geleistet. Zudem werden hier mit Spaß und Freude wichtige Werte vermittelt. Wir werden sie deshalb weiter stark unterstützen und das erfolgreiche Beratungsangebot sowie die unterschiedlichen Projekte fortentwickeln, um viele Kinder und Jugendliche zu begeistern. Wir unterstützen überdies in den Schulen die Kooperationen mit dem Ehrenamt vor Ort – also auch den Jugendfeuerwehren und Hilfsdiensten.

Kinder und Jugendfeuerwehren sind für die SPD Hessen ein bedeutender Teil der Kinder- und Jugendarbeit und auch Teil der Sicherheitsarchitektur des Landes. Viel zu lange wurde deren Bedeutung für die Gesellschaft und für die Heranwachsenden generell vernachlässigt. Als SPD Hessen werden wir prüfen, inwiefern die Kinder- und Jugendarbeit bei Einsatzkräften auch im Rahmen des Ganztagsangebots an Schulen unterstützt und somit auch beworben werden kann. Weiterhin stehen wir für das Ziel, eine verlässliche und ausreichende Finanzierung zu garantieren und die Nachwuchsgewinnung zu fördern.



Spitzenkandidat Bündnis 90/ Die Grünen

Tarek Al-Wazir



Spitzenkandidat FDP

Stefan Naas



Spitzenkandidaten Die Linke

Elisabeth Kula und Jan Schalauske

Als Hessische Landesregierung stellen wir in diesem Jahr 360.000 Euro für die Jugendfeuerwehr zur Verfügung. Seit 2019 wurden bereits jährlich 162.000 Euro für die Jugendfeuerwehr investiert. Zudem wird derzeit das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg für rund 26 Millionen Euro ertüchtigt, um den hessischen Jugendfeuerwehranwärterinnen und -anwärtern und ihren Betreuerinnen und Betreuern ein zeitgemäßes Ausbildungszentrum zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus fördert sie die Imagekampagne »Durchstarten 2023« und stellt entsprechendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung, um den potentiellen Nachwuchs für den Brandschutz zu interessieren.

Wir Freie Demokraten in Hessen wollen die Nachwuchsgewinnung durch die Jugendfeuerwehren weiter unterstützen. Dies funktioniert nur durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bzw. öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, die ohnehin schon vorbildlich von den Feuerwehren durchgeführt werden. Wir wollen eine verstärkte Präsenz der Freiwilligen Feuerwehren in den Schulen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen. Auch um Menschen mit Migrationshintergrund wird von den Freiwilligen Feuerwehren in Hessen angesichts der demografischen Entwicklung geworben. Diese integrativen Ansätze unterstützen wir ausdrücklich. Wir wollen zudem Hindernisse abbauen, die verhindern, dass Menschen

Ohne das Ehrenamt wäre die Feuerwehr in Deutschland in dieser Form nicht möglich – erst recht nicht in Zeiten des Klimawandels. Ob im Einsatzdienst oder bei der Jugendarbeit, in der Brandschutzerziehung oder in der Feuerwehrmusik: Sie alle sind ehrenamtlich im Einsatz für die Menschen! DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Feuerwehren in Deutschland als Säule der öffentlich-rechtlichen Gefahrenabwehr, aber auch als Kulturträger, weiterhin bestehen bleibt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Einwohner*innen in organisierten anerkannten Hilfsorganisationen und im Rettungsdienst, Brandschutz, Katastrophenschutz und beim THW

Frage**CDU****SPD**

Unter der Dachmarke #deinehrenamt werden wir ehrenamtliches Engagement weiter fördern und entlasten. Erfolgreiche Programme wie »Ehrenamt digitalisiert«, die Ehrenamtskarte u.v.m. werden wir fortsetzen.

Einsatzabteilungen

» Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um den Einsatzkräften von Feuerwehr und Rettungsdienst die gebotene Wertschätzung in unserer Gesellschaft zu geben?

Rund 80.000 Helfer im Brand- und Katastrophenschutz bilden das Rückgrat der Gefahrenabwehr und stehen – oft ehrenamtlich – Tag und Nacht bereit, um Menschen in Not schnell und kompetent zu helfen. Für ihren herausragenden, selbstlosen Einsatz sind wir ihnen zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen auch künftig bestmögliche Bedingungen schaffen und sie mit aller Kraft unterstützen. Wir wollen bspw. unsere sichtbaren Kampagnen der Solidarität mit Einsatzkräften weiterführen bzw. ausweiten.

Wir setzen uns für den Ausbau der Anerkennungskultur ein, damit den Helfern die gesellschaftliche Wertschätzung zuteil wird, die ihr ehrenamtlicher Einsatz für die Gemeinschaft verdient. Die von uns eingeführte Anerkennungsprämie für langjährige aktive Einsatzkräfte führen wir fort.

Der Mangel an Respekt, den viele Einsatzkräfte täglich erfahren müssen, ist ein schwerwiegendes Problem, dem die SPD Hessen konsequent auf allen Ebenen begegnen wird. Respekt zeigt sich nicht nur im Umgang mit Anderen, sondern auch auf dem Lohnzettel, weshalb wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage einführen werden.

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind unverzichtbare Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur. Das gilt für die hauptamtlichen Kräfte wie auch insbesondere für die ehrenamtlichen Kräfte der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. In den Krisen Jahren haben sie ihre herausragenden Kompetenzen immer wieder unter Beweis gestellt. Sie verdienen unser aller Respekt und Unterstützung. Angriffen gegen Rettungskräfte treten wir konsequent auf allen Ebenen entgegen. Respekt zeigt sich vor allem in einer guten, bedarfsgerechten Ausstattung und Ausrüstung. Deshalb werden wir die finanziellen, technischen und logistischen Voraussetzungen deutlich verbessern. Das betrifft Fahrzeuge und Wachen, aber genauso Kommunikation und persön-

Die Grünen

Das Land unterstützt den ehrenamtlichen Bereich derzeit mit 3,2 Millionen Euro jährlich. Neben der Auszahlung der Anerkennungsprämie wird diese Summe darüber hinaus genutzt, um Schul- und Integrationsprojekte zu fördern und Brandschutzerziehungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Zudem investiert das Land in die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen. Darüber hinaus wird die Hessische Landesfeuerwehrschule (HLFS) in Kassel bis 2024 zu einem modernen Feuerwehraus- und -fortbildungszentrum weiterentwickelt.

Wir verurteilen insbesondere die gestiegenen Angriffe auf unsere Einsatzkräfte bei der Feuerwehr, des Rettungsdiensts und der Polizei. Neben der Ursachenforschung und einer besseren psychologischen Betreuung werden wir unseren belasteten Einsatzkräften zukünftig eine steuerfreie Angriffsentschädigung in Höhe von 2000 Euro zukommen lassen.

FDP

sich ehrenamtlich betätigen. Wir brauchen hauptamtliche Unterstützung für das Engagement, insbesondere für Schulungen und Supervision, und flexible Projektförderungen, um passgenaue Integrationsangebote mit unterschiedlichsten Trägern anbieten zu können. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten im Übrigen auch einen wertvollen Beitrag für die Nachwuchsgewinnung der Berufsfeuerwehren.

Wir wissen um die Bedeutung und die Wichtigkeit der Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst. Für ehrenamtliche Helfer macht sich die FDP dahingehend stark, dass sie ein »Feuerwehrzeugnis« fordert, welches den Ehrenamtlichen bei Bewerbungen im Berufsleben dienlich sein kann. In den Kommunen, denen im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brandschutz und in der Allgemeinen Hilfe eine besondere Stellung zukommt, werden wir uns ebenfalls für eine Kultur der Wertschätzung einsetzen. Die in einigen Kommunen bereits umgesetzte Förderung dieses verantwortungsvollen Ehrenamtes durch z.B. Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von Kindertagesstätten, dem geförderten Bezug von Energie durch kommunale Versorger und sonstigen Vergünstigungen im sozialen und kulturellen Bereich, werden wir bestmöglich unterstützen.

Die Linke

durch Bund, Länder und Kommunen angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden. Hierzu gehören selbstverständlich auch die Freiwilligen Feuerwehren.

Um es klar zu sagen, Klatschen hilft auch hier nicht. Wertschätzung drückt sich für DIE LINKE vor allem in einer guten Ausstattung und Ausrüstung aus. Für diese wichtige Aufgabe müssen die Kommunen ausreichend finanziert werden. Gerade im ländlichen Raum können viele Kommunen ihre Haushalte nur mit großen Sparanstrengungen ausgleichen. Dies geht oft zu Lasten der PSA, der Fahrzeuge und Immobilien.

Viele Kommunen gehen aber auch hier mit gutem Beispiel voran, in dem sie den Einsatzkräften z.B. freien Eintritt zu Kulturveranstaltungen oder eine Ermäßigung der Kita-Beiträge gewähren.

Frage

» Was tun Sie, um das flächendeckende System des Brandschutzes in Hessen durch Erhalt der Ortsteilfeuerwehren zu fördern?

CDU

Die kontinuierlich durch uns erhöhte Rekordförderung für den Brand- und Katastrophenschutz muss fortgesetzt werden. Wir wollen daher die Förderung von modernen Feuerwehrfahrzeugen und -häusern auf dem aktuellen Rekordniveau fortführen und an die aktuelle Preissteigerung anpassen. Zum Erhalt der Ortsteilfeuerwehren tragen auch die Kostenübernahme, Freistellungen und Erstattungen durch das Land für die Teilnahme an Lehrgängen der Hessischen Landesfeuerweherschule bei.

Wir wollen prüfen, wie wir den Herausforderungen und Bedarfen der Wehren noch mehr Geltung verschaffen können, insbesondere beim Erhalt innerörtlicher Feuerwehrhäuser oder starrer Regelungen beim Renteneintritt.

SPD

liche Ausrüstung. Die Kommunen werden wir konsequent unterstützen. Im Hauptamt werden wir die Absicherung des Rettungsdienstes an die der Feuerwehrbediensteten anpassen.

Insbesondere die Folgen des Klimawandels stellen Brand- und Katastrophenschutz vor große und neue Herausforderungen. Wir werden sicherstellen, dass Ausbildung und Ausstattung diesen neuen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Dezentrale Strukturen, vor allem im Ehrenamt, und ausreichende Redundanz sichern die Hilfeleistungen auch in Großschadenslagen ab. Außerdem werden wir Kommunen finanziell so ausstatten, sodass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

Wir haben in den letzten Jahren die Mittel für den Brand- und Katastrophenschutz aufgestockt, was neben der Unterstützung bei der Beschaffung von Material und Infrastruktur, den Kommunen im Bereich der Ausbildung und Ehrenamtsförderung zugute kommt. So wurde in diesem Jahr die Garantiesumme um 3 Millionen auf 46 Millionen erhöht; sie steigt im Jahr 2024 auf rund 47 Millionen Euro. Zudem unterstützt das Land Zusammenschlüsse kleiner Ortsfeuerwehren zu größeren Einheiten und fördert neue Ideen, um die Bedeutung des örtlichen Brandschutz herauszustellen. So werden seit August 2007 als »Feuerwehr des Monats« Feuerwehren ausgezeichnet, die innovative Ideen erfolgreich in die Tat umgesetzt haben und anderen Feuerwehren als gutes Beispiel dienen können. Die Ausgezeichneten werden regelmäßig im »FLORIAN Hessen«, dem zentralen Fachmagazin für die Feuerwehren in Hessen und auf der Internetseite des Hessischen Innenministeriums vorgestellt. Zudem erhält die ausgezeichnete Feuerwehr eine Anerkennungsprämie in Höhe von 1.000 Euro.

Der Brandschutz in der Fläche ist Aufgabe des Landes und der Kommune gemäß dem Hessischen Gesetz über Brand- und Katastrophenschutz. Dabei sind die Aufgaben der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte als Selbstverwaltungsaufgaben in der eigenen Zuständigkeit der Kommunen belassen. Über die Einrichtung von Ortsteilfeuerwehren entscheidet somit die Kommune in eigener Verantwortung. Das Land muss die Kommunen in ihren Bemühungen um den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren auch weiterhin unterstützen, z.B. bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen.

Die Ortsfeuerwehren leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Brandschutzes sondern sind immer auch Kulturträger. Diskussionen über eine Zusammenlegung von Ortsteilfeuerwehren müssen also nicht nur vor dem Hintergrund der Einhaltung der Hilfsfristen, sondern auch mit Blick auf die vielen sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leistungen der freiwilligen Feuerwehren geführt werden.

Sollte eine Zusammenlegung von Ortsteilfeuerwehren z.B. im Falle eines Neubaus aus wirtschaftlichen und technischen Gründen sinnvoll sein, muss aus Sicht der LINKEN auch immer beschrieben werden, wie das vielfältige gesellschaftliche Engagement der Feuerwehrvereine aufrecht erhalten werden kann.

Frage

» Der Landesfeuerwehrverband Hessen sieht die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten als zwingend erforderlich an. Dies dient zum Schutz der Bevölkerung. Stimmen Sie dieser Aussage zu? Wie können Sie die Feuerwehren und somit die Bevölkerung bei der Einhaltung der Hilfsfrist unterstützen?

CDU

Ja. Wir halten an der Hilfsfrist von 10 Minuten im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger fest. Wir sind stolz, dass dank der Kameradinnen und Kameraden die Einhaltung der Hilfsfrist in Hessen konstant hoch bei rund 85 % bleibt. Neben der weiteren optimalen Ausstattung der Feuerwehren wollen wir mit der hessenweiten Umsetzung der »Sektorenübergreifenden ambulante Notfallversorgung« Ressourcen noch effizienter einsetzen. Auch die fast in ganz Hessen eingesetzte einheitliche Leitstellentechnik trägt zu schnellen und effizienten Einsätzen bei. Sie wollen wir mit den Nutzern weiter modernisieren.

SPD

Die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten ist elementarer Bestandteil der deutschlandweiten Sicherheitsarchitektur und muss beibehalten werden. Um deren Einhaltung zu garantieren, bedarf es ausreichend ausgestatteten Ortsteilfeuerwehren, Freiwilligen Feuerwehren und Hauptamtlichen Feuerwehren und der Unterstützung der Politik, um Verbesserungen vorzunehmen und sinnvolle Strukturen beizubehalten.

» Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu entlasten?

Mit einer Offensive »Ehrenamt – aber ohne Bürokratie« werden wir ehrenamtliches Engagement weiter fördern. Wir wollen dafür sorgen, dass das Ehrenamt so weit als möglich von Verwaltungsaufgaben

Die Dokumentationspflichten spielen eine wichtige Rolle, um den Verlauf eines Einsatzes und die gefällten Entscheidungen ex post nachvollziehen zu können. Digitalisierung und entsprechende technische

Die Grünen

Laut Hessischem Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG) gilt für Rettungsdienste und Feuerwehren eine Hilfsfrist von 10 Minuten. Grundvoraussetzung für die Einhaltung dieser Hilfsfrist sind eine adäquat mit Hilfs- und Sachmitteln ausgestattete lokale Feuerwehr und ein ausreichender Personalpool. Deshalb haben wir als Landesregierung die Mittel der Brandschutzförderung in den letzten Jahren immer weiter aufgestockt. Wir werden diese Zuwendungen angesichts der zunehmenden Herausforderungen für unsere Einsatzkräfte selbstverständlich auch künftigen Erfordernissen anpassen. Denn es bleibt natürlich eine Daueraufgabe, diese Hilfsfrist zu erfüllen, zu deren wesentlichen Bausteinen auch ein dichtes Netz an Rettungswachen und Luftrettungsstationen gehören, die eine flächendeckende Versorgung mit Rettungshubschraubern ermöglichen. Durch den Einsatz von sog. Mehrzweckfahrzeugen, die jeweils die komplette Ausstattung für die Notfallrettung besitzen, ist jederzeit gewährleistet, dass zu jedem Notfall ein optimal ausgestattetes und besetztes Rettungsmittel kommt. Um eine flächendeckende Handlungsfähigkeit im Katastrophenfall gewährleisten zu können, wurde bewusst auf eine verringerte Präsenz im ländlichen Raum verzichtet.

Eine umfassende Digitalisierung des Berichtswesens und der Verwaltung wird zu einer Entlastung von diesen Aufgaben beitragen. Hierzu werden wir für weitere digitale Lösungen sorgen. Der Bund hat

FDP

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag setzen uns für eine bestmögliche Ausstattung der Feuerwehren in Hessen ein. Diese sehen wir als eine elementare Voraussetzung zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist. Die Feuerwehren sind so aufzustellen, dass sie in der Regel zu jeder Zeit und an jedem Ort ihres Zuständigkeitsbereichs innerhalb von zehn Minuten nach der Alarmierung wirksame Hilfe einleiten kann. Da die Einhaltung der Hilfsfrist auch voraussetzt, dass gerade zu den Tageszeiten genügend Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, um wirksame Hilfe zu leisten, werden wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass der Anspruch auf Freistellung durch den Arbeitgeber auch tatsächlich umgesetzt wird. Die Kommunen in ihrer Funktion als Arbeitgeber müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Verwaltungsaufgaben dürfen nicht weiter ansteigen. Außerdem müssen die kommunalen Verwaltungen Unterstützungsleistungen für die ehrenamtlich Tätigen erbringen. Zu prüfen ist, ob hier auch wei-

Die Linke

Die Einhaltung der Hilfsfrist darf aus Sicht der LINKEN nicht zur Disposition gestellt werden. Leider ist immer öfter festzustellen, dass die Einsatzabteilungen besonders tagsüber nicht mehr in der Lage sind diese sicherzustellen, da immer mehr Menschen nicht mehr am Wohnort arbeiten.

Die Hauptprobleme liegen in drohenden oder schon bestehenden Schwierigkeiten bei der Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft vieler Wehren. Viele Feuerwehrangehörige können tagsüber aus beruflichen Gründen nicht am Wohnort eingesetzt werden. Der demografische Wandel verstärkt das Problem noch, insbesondere in den kleinen Orten im ländlichen Raum.

Dem entgegen zu wirken wird nur möglich sein, wenn die Attraktivität dieses Ehrenamts besonders auch bei Frauen gesteigert wird, Arbeitgeber für die Wichtigkeit dieser Arbeit sensibilisiert werden und auch die Kommunen aktiv auf ihre Mitarbeiter*innen zugehen.

Die immer größeren werdenden Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben sind ehrenamtlich kaum noch zu bewältigen. Viele Städte und Gemeinden sind dazu übergegangen, GBI/SBI freizustellen bzw.

Frage

» Wie können Initiativen zur Mitgliederengewinnung in den Einsatzabteilungen unter besonderer Beachtung von Frauen und Migranten gefördert werden?

CDU

entlastet wird und Aufgaben von den Kommunalverwaltungen wahrgenommen werden.

Ergänzend zu den unerlässlichen Investitionen in Aus- und Fortbildungen von Führungskräften wollen wir gerade in der Feuerwehr Hilfe einfacher machen und von Bürokratie entlasten. Wir werden den Vorschriftenbestand im Brand- und Katastrophenschutz in enger Abstimmung mit den Einsatzkräften auf den Prüfstand stellen und dort, wo es möglich ist, Verwaltungsprozesse verschlanken und uns in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, verzichtbare Normen zu streichen.

Wir wollen mit dazu beitragen, dass sich noch mehr Frauen in der hessischen Feuerwehr engagieren. Wir unterstützen die Arbeit des Fachausschuss Frauen und halten das Engagement von weiblichen Vorbildern, die Unterstützung beim Übertritt von der Jugendfeuerwehr zur Einsatzabteilung und ein gutes und respektvolles Miteinander für wesentlich.

Außerdem bietet ehrenamtliches Engagement große Chancen für die Integration. Daher wollen wir die Integrationskampagne Brandschutz und die Gewinnung und Schulung von »Interkulturellen Beraterinnen und Beratern Feuerwehr (IkBF)« fortsetzen. Hinzu kommen der Integrationspreis, der Ideenwettbewerb und die Erstellung entsprechender Flyer und Leitfäden.

SPD

Ausstattung verringern Verwaltungsaufwände. Wir werden die finanzielle Lage der Feuerwehren verbessern, was personell entlastet.

Unsere Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Jeder der ehrenamtlich engagierten Menschen in unserem Land leistet für den Zusammenhalt tagtäglich seinen Beitrag in einer Vielzahl von Vereinen oder Initiativen, die unseren Zusammenhalt prägen.

Unser Ziel ist es sein, das bürgerschaftliche Engagement auch weiterhin zu stärken und zu fördern. Dazu bedarf es eines deutlich höheren Einsatzes des Landes in partnerschaftlicher Abstimmung mit den Förderinstitutionen. In vielen Bereichen gibt es seit Jahren Sorgen um die Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt, sei es bei den Aktiven der Jugendfeuerwehren, Übungsleitern im Vereinssport oder in sozialen Initiativen. Die Corona-Pandemie hat besonders bei den älteren Ehrenamtlern die Fluktuation noch dramatisch erhöht. Um hier entgegenzuwirken muss das Land die

Die Grünen

im Koalitionsvertrag bereits die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser (fiber-to-the-home, FTTH) und dem neuesten Mobilfunkstandard als Zielmarke ausgegeben. Davon werden auch die Landesfeuerwehren profitieren.

FDP

tere potentielle Tätigkeitsfelder für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können.

Die Linke

für diese Aufgabe eine hauptamtliche Stelle einzurichten. Diese Steigerung der Professionalisierung sollte auch von Land Hessen durch die Übernahme von Personalkostenanteilen unterstützt werden.

Seit 2016 hat das Land zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband die Integrationskampagne Brandschutz aufgelegt. Diese soll dazu beitragen, insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sowie Frauen für die ehrenamtliche Arbeit in den Feuerwehren zu gewinnen. Wir fordern, dass Umkleiden die baulichen Voraussetzungen für einen höheren Frauenanteil erfüllen. Unsere Feuerwehren sollen ein Spiegelbild unserer modernen, vielfältigen und offenen Gesellschaft sein und es Menschen unterschiedlichster Herkunft ermöglichen, sich in ihrer Kommune niedrigschwellig ehrenamtlich zu engagieren. Auch die Broschüre »Feuerwehr für alle« soll dazu dienen, neue Zielgruppen für die Mitarbeit in der Feuerwehr zu erschließen und dadurch neue Mitglieder zu gewinnen.

Die Frage der geeigneten Bewerber orientiert sich weder am Geschlecht noch am Migrationshintergrund. Wegen der nach wie vor mangelnden Repräsentanz der genannten Gruppen in den Feuerwehren ist eine gezielte Werbung sinnvoll. Darüber hinaus sind wir Freie Demokraten der Ansicht, dass die Mitgliedergewinnung gerade von Frauen in den Einsatzabteilungen noch immer nur dann möglich ist, wenn eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mitgliedschaft bei der Feuerwehr tatsächlich möglich ist. Hierzu müssen neben Kindergarten- und Schulbetreuung weitere Voraussetzungen geschaffen werden, die den spezifischen Herausforderungen von Familie, Beruf und Mitgliedschaft gerecht werden können.

Ein wesentlicher Schlüssel der Mitgliedergewinnung bleibt eine aktive Kinder- und Jugendfeuerwehr. Bindungen an das Ehrenamt und technisches und organisatorisches Wissen werden hier vermittelt. Dafür braucht es gut ausgebildete Jugendleiter, finanzielle Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit und die Akzeptanz innerhalb der Feuerwehren um die Übergänge von den Kinder- und Jugendfeuerwehren in die Einsatzabteilungen gelingen zu lassen. Äußere Gegebenheiten, wie beispielsweise das Fehlen von getrennten Umkleidekabinen und Duschen – was oftmals auf die mangelhafte finanzielle Ausstattung von Feuerwehren zurückzuführen ist – werden häufig als Hinderungsgründe gesehen. Hier braucht es ein Investitionsprogramm des Landes. DIE LINKE unterstützt alle Projekte innerhalb der hessischen Feuerwehren, mehr Diversität sicher zu stellen. Dazu gehören auch Men-

Frage**CDU****SPD**

» Eine auskömmliche Mittelzuwendung im Landeshaushalt zur Förderung des Brandschutzes, insbesondere für die Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau angepasst ist, ist unumstößlich. Wie bewerten Sie dies und welche Mittel beabsichtigen Sie hierfür, über die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer hinaus, jährlich insgesamt einzustellen?

Ziel der CDU Hessen ist es, den Feuerwehrangehörigen die Ausstattung zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um anderen Menschen zu helfen. Den massiven Investitionsstau, den rot-grüne Vorgängerregierungen hinterlassen hatten, haben wir abgebaut. Alleine in den letzten fünf Jahren wurden mehr als 1.000 Fahrzeuge beschafft und der Neubau bzw. die Modernisierung von knapp 250 Feuerwehrhäusern gefördert. Die Garantiesumme für den Brandschutz werden wir wie in der Vergangenheit weiter ausbauen und die bundesweite Spitzenposition Hessens weiter untermauern. Das entspricht einer Steigerung um 36 % im Vergleich zu 2016. Mit dem Doppelhaushalt 23/24 wurde die Brandschutzgarantiesumme für 2023 auf

Attraktivität des Ehrenamts deutlich stärker fördern, als es Schwarzgrün getan hat.

Insbesondere die ehrenamtliche Gefahrenabwehr ist auf ständigen Nachwuchs angewiesen. Kinder- und Jugendliche profitieren auch persönlich stark von solchen Erfahrungen. Wir werden Feuerwehr und Rettungsdienst konsequent bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen und prüfen, wie jugendliches Engagement auch im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen gefördert werden kann.

Um das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft zu erhalten, müssen wir den zeitlichen Aufwand flexibler gestalten und auch finanzielle Anreize schaffen. Das Engagement darf nicht zu Lasten der oder des Engagierten gehen.

Eine bedarfsgerechte Ausrüstung und Ausstattung der Einsatzkräfte ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Sicherheitsarchitektur. Die zur Verfügung stehenden Mittel im Landeshaushalt sind aufzustocken und festzuschreiben.

Die Grünen

FDP

Die Linke

schen mit Migrationshintergrund, mit anderer Religion oder anderer Kultur.

Die Finanzierung der Feuerwehren in Hessen ist grundsätzlich durch die Feuerschutzsteuer gewährleistet. Die Landesregierung hat eine Garantiesumme festgelegt, die nicht von der tatsächlichen Höhe der Steuereinnahmen abhängt. Dies schafft Planungssicherheit für die Träger der Feuerwehren. Als zentrales Anliegen der Landesregierung, hessische Feuerwehren mit Feuerwehrgerätehäusern und -fahrzeugen auszustatten, wurde die Garantiesumme für den Brandschutz 2023 auf 46 Millionen Euro aufgestockt – eine finanzielle Förderung auf Rekordniveau. Wir sind uns bewusst, dass angesichts der anstehenden Herausforderungen im Brand- und Katastrophenschutz außerdem stetig geprüft werden

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag nehmen die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes ernst und unterstützen daher die Zuweisung zusätzlicher Mittel. Bekanntlich sind die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer starken Schwankungen unterworfen. Das Land Hessen muss deshalb die Möglichkeit haben, auch künftig »normale Haushaltsmittel« zu verwenden.

In 2022 standen knapp 20 Millionen Euro für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und Feuerwehrhäusern zur Verfügung. Angesichts der Bedarfe oftmals nur ein Tropfen auf den heißen Stein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass über auskömmliche Steuereinnahmen und einen gerechten kommunalen Finanzausgleich die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die kommunalen Brandschutzpläne auch tatsächlich und aus eigener Kraft umsetzen zu können. Entscheidungen zu Bedarfen müssen vor Ort getroffen werden können.

Frage

» Die Preisentwicklung der vergangenen Zeit führte dazu, dass eine Landesförderung zu den tatsächlich entstehenden Kosten nicht mehr im Verhältnis steht. Wie beabsichtigen Sie die Preisentwicklung bei einer zukünftigen Landesförderung zu berücksichtigen?

CDU

46 Mio. € und 2024 auf 47 Mio. € noch einmal deutlich und über die eigentlichen Planungen hinaus erhöht. Wir wollen das gute Niveau halten und – wo es notwendig ist – weiter ausbauen.

SPD

Wir werden die bestehende Förderung überprüfen und diese ggfs. anpassen.

Wir wollen die Förderung von modernen Feuerwehrfahrzeugen und -häusern an die aktuelle Preissteigerung anpassen und die Fahrzeugausstattung im Katastrophenschutz anforderungsspezifisch verstärken.

Dafür haben wir die Mittel kontinuierlich erhöht und werden diesen Weg fortsetzen und wenn möglich und nötig intensivieren. So haben wir bereits im letzten Haushalt auf Antrag der CDU die Brandschutzgarantiesumme über das ursprünglich geplante Maß einer »normalen« Erhöhung hinaus deutlich angehoben und stellen im Vergleich zum Haushaltsentwurf pro Jahr zwei Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Die Grünen

muss, ob und in welcher Höhe weitere Mittel eingestellt werden.

FDP

Die Linke

Wie alle Bereiche der Gesellschaft sind auch die Einsatzabteilungen der Feuerwehren von der krisenbedingten Inflation nicht verschont geblieben. Da die zukünftige Preisentwicklung bisher nicht absehbar ist, werden wir die zur Verfügung gestellten Fördermittel in regelmäßigen Abständen prüfen und ggf. entsprechend anpassen.

Als Freie Demokraten möchten wir sicherstellen, dass die Landesförderung im angemessenen Verhältnis zu den tatsächlich entstehenden Kosten steht. Dazu beabsichtigen wir folgende Maßnahmen zu ergreifen: Wir werden eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Landesförderung durchführen, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Bedingungen gerecht wird. Dabei werden wir die Preisentwicklung sowie andere relevante Faktoren berücksichtigen. Um flexibel auf unvorhergesehene Preisveränderungen reagieren zu können, werden wir Flexibilität in den Förderprogrammen schaffen. Dies könnte beispielsweise die Möglichkeit von Nachjustierungen oder Anpassungen der Förderhöhe im Laufe des Projekts beinhalten. Eine systematische Marktbeobachtung wird Teil unserer Vorgehensweise sein, um die Preisentwicklung in relevanten Bereichen zu verfolgen. Durch den Vergleich mit Benchmarks und branchenüblichen Preisen können wir sicherstellen, dass die Landesförderung nicht überhöht oder unzureichend ist. Transparenz ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher werden wir klare und transparente Kriterien und Verfahren für die Vergabe von Landesförderungen etablieren. Dies schafft Transparenz und gewährleistet eine faire und objektive Bewertung der Förderanträge unter

Die derzeitige Inflationsquote bedeutet eine reale Reduzierung der Fördersumme des Landes Hessen. Dabei müssen die Kommunen immer noch 70 Prozent der Investitionen schultern.

DIE LINKE setzt sich für eine Dynamisierung dieser Förderung ein, die sich an den tatsächlichen Preissteigerungen bei der Beschaffung orientiert. Ferner müssen sich die Förderquoten stärker an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen orientieren. Ein Brandschutz nach Kassenlage muss verhindert werden.

Frage**CDU****SPD**

» Verantwortung für Qualität: Was werden Sie konkret veranlassen, um die Ausbildungsmöglichkeiten für Feuerwehrangehörige auf den verschiedenen Ebenen zu sichern und zu erweitern? Wie stehen Sie zur Entlastung regionaler Ausbildungszeiten?

Die Sicherung der Ausbildungsmöglichkeiten ist für uns ein Anliegen, das auch in Zukunft Priorität hat. Feuerwehrangehörige müssen gut ausgebildet sein, um effektiv helfen zu können, und ihren Dienst sicher zu verrichten.

Hessen stellt unter Führung der CDU pro Jahr etwa 16 Millionen Euro für die Ausbildung unserer Feuerwehrkameradinnen und -kameraden an der Hessischen Landesfeuerweherschule (HLFS) und dem Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg zur Verfügung. Für den Ausbau der HLFS haben wir zusätzlich 81 Mio. Euro bereitgestellt und so die Kapazität von 150 auf 400 erweitert. Die digitalen Ausbildungsmöglichkeiten werden wir erweitern und fortentwickeln und künftig geeignete

Eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung im Bereich der Feuerwehren ist aus Sicht der SPD unerlässlich. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Landesfeuerwehrverband Möglichkeiten zur Sicherung und Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten evaluieren und umsetzen.

Die Grünen

FDP

Die Linke

Berücksichtigung der aktuellen Preisentwicklung. Ein enger Dialog mit den betroffenen Akteuren, wie beispielsweise Unternehmen, Verbänden und Experten, ist uns ebenfalls sehr wichtig. Durch diesen Austausch können wir Informationen über die Preisentwicklung aus erster Hand erhalten und die Bedürfnisse und Herausforderungen der verschiedenen Branchen besser verstehen. Unser Ziel ist es, die Preisentwicklung bei zukünftigen Landesförderungen angemessen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Fördermittel effektiv und effizient eingesetzt werden, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Mit diesen Maßnahmen streben wir eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik an, die den aktuellen Anforderungen gerecht wird.

Für die zeitgemäße Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen stellt die Hessische Landesregierung jährlich mehr als 16 Millionen Euro zur Verfügung. Die Hessische Landesfeuerweherschule (HLFS) in Kassel ist die zentrale Aus- und Fortbildungsstätte für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe in Hessen. Sie führt auch Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz durch. In den kommenden Jahren soll die HLFS in Kassel zu einem modernen Feuerwehraus- und -fortbildungszentrum weiter ausgebaut und die Teilnehmerkapazität um 150 zusätzliche auf dann insgesamt 390 Plätze erhöht werden. Hierfür stellt das Land rund 81 Millionen Euro bereit. Die Landesfeuerweherschule kann mit der zentralen Bereitstellung von ein-

Grundlage einer guten Führungskultur in der Feuerwehr ist eine gute Ausbildung durch die Wehren vor Ort, aber auch durch ein umfassendes und hochwertiges Angebot der Landesfeuerweherschule. Familienfreundliche Ausbildungsbedingungen, wie die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Kinderbetreuungskosten erstattet zu bekommen, tragen dazu bei, dass diese Angebote auch von Menschen mit Kindern besser genutzt werden können.

Die Hessische Landesfeuerweherschule in Kassel und ihre Außenstelle, das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg-Cappel leisten eine hervorragende Arbeit, die auch weiterhin sichergestellt werden muss. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese Angebote sich den ständig ändernden Aufgaben und Herausforderungen (z.B. Vegetations- und Tunnelbrandbekämpfung, CBRN-Gefahren) anpassen. Dafür müssen ausreichend viele Seminar- und Ausbildungsplätze in den Bereichen Truppausbildung, Technische Ausbildung und Führungsausbildung vorgehalten werden. Der digitale kann diese Bildungsmaßnahmen ergänzen, aber niemals ersetzen. Noch wichtiger ist jedoch die Freistellung der Ehrenamtlichen und der Lohnersatz

Frage

CDU

SPD

Schulungen auch dezentral und durch den Einsatz virtueller Realität anbieten.

» Aus fachlicher Sicht sieht es der Landesfeuerwehrverband als unumstößlich an, die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr auch auf Ebene des Landes in eine Hand zu geben. Unterstützen Sie eine organisatorische Zuordnung des Rettungsdienstes als Bestandteil der Gefahrenabwehr in das Innenministerium?

Ja. Wir wollen die Zuständigkeit für die Rettungsdienste im Sinne einer einheitlichen Struktur und der Bündelung von Ressourcen bzw. der reibungslosen Zusammenarbeit analog der Integrierten Leitstellen in das für Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerium verlagern.

Wir sehen eine solche Zuordnung eher kritisch. Die Veränderung eines funktionierenden Systems muss gute Gründe haben.

Die Grünen

heitlichen Lehrmaterialien und -plänen gleichzeitig eine große Entlastung für die regionale Ausbildung der Feuerwehren sein. Eine bedeutende Rolle spielen auch die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, soweit sie das ehrenamtliche Engagement ihrer Angestellten unterstützen und sogar fördern. Erfreulicherweise sind viele kommunale Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen inzwischen dazu übergegangen, das ehrenamtliche Engagement der Einsatzkräfte in besonderer Weise zu würdigen.

FDP

Die Frage der Ressortverantwortung wird Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein. Dabei wird eine angemessene Abwägung zwischen dem angesprochenen Aspekt der Bündelung einerseits und der Verknüpfung mit dem Krankenhauswesen andererseits vorgenommen werden müssen.

Die Linke

für Arbeitgeber. Diese Verfahren müssen dringend entbürokratisiert werden.

Nach § 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes ist der Rettungsdienst eine öffentliche Aufgabe der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge. Seine Aufgabe ist es, die bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallversorgung und des Krankentransports sicherzustellen. Diese Doppelnatur des Rettungsdienstes rechtfertigte jedenfalls bislang seine Einordnung in das Sozialressort. Ob fachliche Gründe eine künftige Umressortierung erforderlich machen, bedarf der genauen Prüfung. Wir werden eine solche Prüfung ergebnisoffen durchführen.

Die Aufgaben der inneren Sicherheit sind zwischen Bund und Ländern aufgeteilt und ein Großteil dieser Aufgaben fällt in die gesetzgebende Kompetenz der Länder. Die Länder können dabei in eigener Zuständigkeit Aufgaben auf die Kommunen übertragen. Die Basis bilden dabei die Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise, die aufgrund von Gesetzen für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz operativ verantwortlich sind. Aus Sicht der LINKEN hat sich diese Aufgabenteilung bewährt. Eine Zentralisierung der Aufgaben, der Verantwortung und damit aber auch der Finanzierungspflichten werden die konkreten Aufgaben vor Ort nicht besser lösen. DIE LINKE setzt auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Rahmen von gemeinsamen Kompetenzzentren Bevölkerungsschutz (GeKoB).

Frage

» In den bestehenden und bewährten Integrierten Zentralen Leitstellen in Hessen muss die Koordination des Brandschutzes, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes stattfinden. Gerade beim Ärztlichen Bereitschaftsdienst könnte so aus einer Hand geholfen und unnötige Verzögerung für den Hilfesuchenden vermieden werden. Derzeitigen Diskussionen zu einer Auftrennung der Gefahrenabwehrbereiche Brand-/Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind strikt abzulehnen. Wie sieht hier Ihre konkrete Unterstützung aus, um diese Forderung gemeinsam mit uns umzusetzen?

Hierbei ist das Regierungspapier auf Bundesebene zu Integrierten Notfallzentralen (INZ) an Kliniken sowie der dabei beschriebenen Gesundheitsleitstellen, ohne erkennbare Ansätze für Brandschutz, Hilfeleistung, allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz nicht zielführend und gefährden die Sicherheit der Bevölkerung durch die rein gesundheitspolitische Betrachtung unter Abwendung von der gemeinsamen Gefahrenabwehr mit den Integrierten Zentralen Leitstellen. Wie sieht hier Ihre konkrete Unterstützung aus, um die Integrierten Zentralen Leitstellen der Gefahrenabwehr zu erhalten und mit Schnittstellen und Weisungsbefugnis gegenüber der ärztlichen Vertretungsdienste und der Krankenfahrdienste auszustatten, um dienstleistungsorientiert den Bürger:innen Hilfe zukommen zu lassen?

CDU

Die Integrierten Zentralen Leitstellen haben sich bewährt und müssen beibehalten werden. Diese Struktur steht für uns nicht zur Disposition. Wir werden dieses System auf dem technisch neuesten Stand erhalten und in seiner Funktionalität weiter ausbauen. Mit der hessenweiten Umsetzung des erfolgreichen Modellprojekts der »Sektorenübergreifenden ambulante Notfallversorgung« werden wir zudem innerhalb der bewährten Strukturen die Ressourcen noch effizienter einzusetzen können.

SPD

Wir sehen eine solche Zuordnung eher kritisch. Die Veränderung eines funktionierenden Systems muss gute Gründe haben.

Wir sehen eine solche Zuordnung eher kritisch. Die Veränderung eines funktionierenden Systems muss gute Gründe haben.

Die Grünen

Die Bundesregierung erachtet den Ausbau multiprofessioneller, integrierter Gesundheits- und Notfallzentren als Notwendigkeit, um eine wohnortnahe, bedarfsgerechte, ambulante und kurzstationäre Versorgung sicherzustellen. Gleichzeitig soll im Rahmen der Krankenhausreform, die Anzahl der Kliniken bundesweit reduziert werden. Es bleibt aus unserer Sicht daher abzuwarten, wie sich diese Art der Neuaufstellung der Versorgung, vor allem in ländlichen Gebieten, passgenau und ohne Friktionen umsetzen lässt. Oberstes Prinzip muss dabei immer die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger sein.

FDP

Grundsätzlich steht die FDP Hessen neuen Behördenstrukturen immer offen gegenüber. Sie müssen Folge einer Aufgabenkritik sowie einer Effizienz- und Evaluierungsphase sein. Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint ein totales Nebeneinander von Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst nicht klug zu sein. Eine totale Integration ist das andere Extrem. Wir gehen davon aus, dass ein Mittelweg die geeignete Lösung sein wird. Die Methoden der Steuerung medizinischer Einsätze aus der Leitstelle ist eine gute Ergänzung, um die Notarzteinsätze besser zu steuern und die richtigen Krankenhäuser bzw. Hausärzte anzufahren. Hier kann der Modellversuch im Main-Kinzig-Kreis zur Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung (SaN) wertvolle Erkenntnisse liefern.

Die Linke

Großschadenslagen, wie z.B. das Attentat in Bad Arolsen haben gezeigt, wie wichtig die zentralen Leitstellen sind. Lagebearbeitung in einer Hand sichert eine schnelle und sachgerechte Abarbeitung der anstehenden Aufgaben. Der ärztliche Rettungsdienst darf aus dieser Kette nicht herausgenommen werden. Gleichzeitig braucht es eine Verbesserung der Kommunikation mit dem stationären und ambulanten ärztlichen Dienst sowie dem Krankentransportsektor. Notwenige Informationen über Belegungsstände, Abmeldungen von Krankenhäusern und Verfügbarkeit von ambulantem medizinischen Personal müssen unmittelbar im Zugriff sein. Eine zentrale Weisungsbefugnis der IZL wird dies Problem nicht lösen.

Frage

» Überörtliche Planungen im Bereich des Brandschutzes und des Katastrophenschutzes erfordern immer öfter das finanzielle Engagement der Kreise um Finanzierungslücken zu schließen. Wie sehen Sie hier die finanzielle Förderung der Kreise analog zu den Förderrichtlinien, die für die öffentlichen Feuerwehren in den Kommunen gelten?

CDU

Wir werden die Garantiesumme für den Brandschutz weiter ausbauen und jene notwendigen Mittel für den hessischen Katastrophenschutz bereitstellen, welche die bundesweite Spitzenposition Hessens weiter untermauern. Inwieweit die Kreise hierbei an der Förderung beteiligt werden sollen, werden wir im Einvernehmen mit den Feuerwehren in den Kommunen beraten. Eine zusätzliche Aufnahme der Kreise dürfte dabei nicht zu Lasten der Brandschutzförderung der für die Sicherstellung des Brandschutzes zuständigen Städte und Gemeinden gehen. Feuerwehrfahrzeuge für die überörtliche Hilfe werden vom Land gefördert, unabhängig davon, ob diese vom Kreis oder einer Kommune beschafft werden. Wir werden zudem die erforderlichen Mittel bereitstellen, um die Katastrophenschutzunterkünfte der Hilfsorganisationen weiter zu ertüchtigen.

SPD

Die SPD findet eine Unterstützung der Kreise hilfreich, es bräuchte dann für die Aufgaben und Herausforderungen auf Landkreisebene eine entsprechende neue Verankerung in den Förderrichtlinien.

Katastrophenschutz (KatS)

» Die hessische Polizei wurde aktuell mit einer hochmodernen landeseinheitlichen Software zur Einsatzführung bei Großschadenslagen ausgestattet. Werden Sie die Einführung einer Software zur vernetzten und einheitlichen Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes als Aufgabe der Landesregierung vorantreiben?

Wir werden die Vorbereitung auf Notlagen wieder stärker in den Blick nehmen und dazu einen Krisen- und Resilienz-Rat einrichten, der federführend Handlungsanleitungen liefern soll. Hierzu passen wir die Katastrophenschutzkonzepte und Sonderschutzplanungen den wandelnden Anforderungen an, um stets optimale Planungs- und Handlungsgrundlagen für die Einsatzkräfte zu schaffen. Wir werden im Dialog mit den Organisationen des Katastrophenschutzes prüfen, ob hierzu eine neue Software sinnvoll und erforderlich ist.

Ja, aus unserer Sicht muss eine gute Kommunikation gerade im Bereich des Katastrophenschutzes sichergestellt sein.

Die Grünen

Bereits heute erhalten die Landkreise vom Land Zuwendungen, um ihren Verpflichtungen im Bereich Brand- und Katastrophenschutz nachzukommen. Dies wird seitens der Landkreise bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne entsprechend berücksichtigt. Da die Ausgaben in diesem Bereich voraussichtlich steigen werden, wird das Land die Zuwendungen im Einvernehmen mit der kommunalen Familie wahrscheinlich neu aufstellen und gestalten müssen.

FDP

Wir stehen einer finanziellen Förderung der Kreise analog zu den Förderrichtlinien, die für die öffentlichen Feuerwehren in den Kommunen gelten positiv gegenüber.

Die Linke

Die interkommunale Zusammenarbeit aber auch die überörtlichen Planungen werden einen immer höheren Stellenwert einnehmen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass für diese überörtlichen Aufgaben analog der Kommunen ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen.

Die Hessische Landesregierung plant bereits jetzt die Implementierung einer einheitlichen Software für die Führungsstäbe im Katastrophenschutz. Das entsprechende Computerprogramm soll zukünftig sowohl vom Hessischen Innenministerium als auch von den Katastrophenstäben der Landkreise und kreisfreien Städte genutzt werden. Dies soll langfristig zu einer verbesserten Abstimmung und schnelleren Kommunikation zwischen den Krisenstäben und damit zu einer Entlastung beitragen.

Die FDP steht für Digitalisierung wie keine andere Partei. Wir setzen uns neben der Digitalisierung der Verwaltung ebenso im Bereich der Feuerwehren und Rettungsdienste für eine hochmoderne einheitliche Software ein, damit die Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes unkompliziert und schnell erfolgen kann.

Digitale Einsatzpläne und eine einheitliche und vor allem praxistaugliche Kommunikationsinfrastruktur müssen zur Standardausstattung aller Fahrzeuge, aller Einsatzkräfte und aller Leitstellen sein. Diese Standards dürfen aber nicht an den Landesgrenzen haltmachen. Aus Sicht der LINKEN müssen neben Software und Geräten vor allem in schwierigen Einsatzbereichen (Tunnel, größere Waldgebiete, U-Bahnstrecken etc.) sicher gestellt werden, dass eine jederzeitige Kommunikation möglich ist.

Frage

» In welchen materiellen und organisatorischen Bereichen sehen Sie im hessischen Katastrophenschutz noch Entwicklungspotential und wie planen Sie dessen Finanzierung?

CDU

Der Katastrophenschutz in Hessen ist hervorragend aufgestellt. Dennoch gibt es immer Raum für weitere Verbesserungen. Deshalb starten wir unter anderem das Programm »Hessen wetterfest«. Ausstattung und Handlungskonzepte im Brand- und Katastrophenschutz wurden teilweise bereits angepasst, um auf Veränderungen wie Hitzeperioden und Hochwasserlagen bestmöglich vorbereitet zu sein. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter und widmen uns der Thematik intensiv. Die »Offensive Klimaanpassung« wird insbesondere Hochwasserschutz und den Schutz gegen Extremwetterereignisse stärken. Die Vorhaltung von Schutzräumen sowie Schutz- und Hilfsgütern, Notstromaggregaten und Treibstoff auf örtlicher Ebene und die Vernetzung im Krisenfall wird in Hessen massiv ausgeweitet. Ebenso werden wir die Fahrzeugausstattung im Katastrophenschutz anforderungsspezifisch verstärken.

SPD

In den Zeiten des Klimawandels und der aktuellen Krisen rückt die besondere Arbeit des Brand- und Katastrophenschutzes immer mehr in das Licht der Öffentlichkeit. Aus unserer Sicht muss beispielsweise die Sireneninfrastruktur weiter ausgebaut werden. Auch die Nutzerzahlen der Warn-Apps haben noch Luft nach oben. Aus Sicht der SPD muss der Brand- und Katastrophenschutz grundsätzlich weiter gestärkt werden.

Die beiden folgenden Fragen werden gemeinsam beantwortet:

» Wie stehen Sie zu der finanziellen Unterstützung der unteren Katastrophenschutzbehörden bei der Unterbringung der Landesfahrzeuge des Katastrophenschutzes gemäß HBKG?

Seit der Regierungsübernahme der CDU haben wir die Zahl der Landesfahrzeuge und der Sondereinsatzmittel im Katastrophenschutz vervielfacht, um eine optimale Ausstattung sicherzustellen. Diese sind zum Teil im Hessischen Katastrophenschutz-Zentrallager (HKatS-ZL) in Wetzlar, zum Teil aber auch dezentral in den Kommunen stationiert. Uns ist wichtig, dass diese Mittel im Ernstfall schnell und dezentral zur Verfügung stehen, um bestmöglich zu helfen.

Eine grundsätzliche Unterstützung muss gewährleistet werden.

Die Grünen

Die Landesregierung wird die flächendeckende Ausstattung mit Ausrüstung, Material und Fahrzeugen weiter ausbauen und stets aktualisieren, um den steigenden Anforderungen an den Katastrophenschutz, vor allem in der Fläche, gerecht zu werden. Darüber hinaus muss der Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren auf kommunaler und Landesebene im Bereich des Katastrophenschutzes, insbesondere bezüglich von Planung und Beratung, intensiviert und enger abgestimmt werden. Ziel muss eine optimale Verzahnung aller Ebenen sein, um im Katastrophenfall, wie beispielsweise beim Ausbruch einer weiteren Pandemie oder einer Naturkatastrophe, zum Schutz der Bevölkerung schnell und adäquat reagieren zu können. Mit gezielten organisationsübergreifenden Aus- und Fortbildungskonzepten wollen wir die Einsatzkräfte darauf vorbereiten. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf immer wichtig werdende Warnsysteme wie Sirenen und Apps und die Barrierefreiheit dieser, um im Ernstfall alle Menschen warnen zu können.

FDP

Wie bereits in der obigen Antwort zu erkennen ist, sieht die FDP insbesondere im Bereich der notwendigen Digitalisierung noch erhebliches Entwicklungspotential. Dem muss im Haushaltsplan in der nächsten Legislaturperiode Rechnung getragen werden.

Die Linke

Der Landesetat muss deutlich erhöht werden, Übungen müssen genauso wie Fortbildungen ausreichend stattfinden. Zudem müssen örtliche, zumindest aber stadt- und kreiseigene Notfallpläne für verschiedene Katastrophenszenarien erarbeitet werden.

In Hessen haben wir über viele Jahre den Katastrophenschutz mit finanziellen Mitteln gut ausgestattet und sind daher im Vergleich der Bundesländer derzeit hervorragend aufgestellt. Eine weitere finanzielle Unterstützung der unteren Katastrophenschutzbehörden bei der Unterbringung der Landesfahrzeuge werden wir ergebnisoffen prüfen.

Die Förderquote für Unterstelleneinrichtungen von Landesfahrzeugen sollte aus unserer Sicht höher ausfallen und tendenziell über der für die kommunalen Fahrzeuge liegen, da hier die Kommunen eine überörtliche Aufgabe mit übernehmen.

Pauschalen decken die tatsächlichen Kosten oftmals nicht ab. Sie müssen dynamisiert und den tatsächlichen Ausgaben für Unterbringung angepasst werden.

Frage

» Das Land unterstützt die Mitwirkenden im Katastrophenschutz mit Fahrzeugen und Geräten und weist diese den Hilfsorganisationen und Kommunen direkt zu. Wie sehen Sie in der Zukunft die Beteiligung der Kreise bei den Planungen hierzu sowie die direkte Zuweisung dieser Fahrzeuge und Geräte an die unteren Katastrophenschutzbehörden, da nur diese in der Lage sind die Leistungsfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten vor Ort zubeurteilen um somit einen Betrieb der Fahrzeuge und Geräte im Einsatz sicher zu stellen?

CDU

Die Zusammenarbeit mit den Kreisen als untere Katastrophenschutzbehörden war stets vertrauensvoll und fruchtbar. Hierauf werden wir weiterhin aufbauen. Wir werden die erforderlichen Mittel bereitstellen, um die Katastrophenschutzunterkünfte der Hilfsorganisationen weiter zu ertüchtigen und damit die Kreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden – analog der Brandschutzförderrichtlinie – beim Neubau und der Erweiterung von Katastrophenschutzunterkünften unterstützen. Hierfür werden wir die Garantiesumme für den Brandschutz weiter ausbauen und jene notwendigen Mittel in den kommenden Jahren für den hessischen Katastrophenschutz bereitstellen, welche die bundesweite Spitzenposition Hessens weiter untermauert. Ob eine Anpassung der Strukturen im Sinne des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll ist, werden wir mit den Kommunen und den Katastrophenschutzorganisationen besprechen.

SPD

Die SPD steht für eine am Bedarf orientierte Verteilung von Mitteln. Dies muss in Abstimmung mit den Kommunen geschehen und nicht über sie hinweg allein entschieden werden.

**Feuerwehrvereine/
Ehren- und Altersabteilungen**

» Wie gedenken Sie die Feuerwehrvereine und Verbände als Kulturträger zu unterstützen?

Das Kultur- und Vereinsleben im ländlichen Raum erfährt von uns eine besondere Unterstützung. Ein aktives Vereinsleben steht auch für die gute Lebensqualität auf dem Land. Dazu tragen die Feuerwehrvereine regelmäßig in besonderem Maße bei. Zur Vielfalt unserer Kulturlandschaft gehört auch die Feuerwehrkultur.

Wir wollen daher vor Ort darin unterstützen, diese Kultur zu bewahren und zu vermitteln. Ein Beispiel ist die 2017 eingeführte Vergabe der Ehrenplaketten anlässlich der Jubi-

Das Ehrenamt hat eine lange Tradition und wird in Zeiten eines gesellschaftlichen Umbruchs und auch gerade in Bezug auf den Klimawandel immer bedeutungsvoller. Diese Art des »demokratischen Anpackens« muss erhalten bleiben. Die Erhaltung der Feuerwehrvereine und -verbände ist damit wichtiger Bestandteil unserer Politik.

Die Grünen

Kooperation ist ein Prinzip, das alles staatliche Handeln durchdringt. Es gilt nicht zuletzt auch im Verhältnis zwischen Land und Kreisen, wenn es um die effiziente Allokation von Ressourcen geht, die, wie hier, in überragendem öffentlichem Interesse sind. Es kann deshalb nur im Sinne eines effektiven Katastrophenschutzes sein, wenn die Empfänger von Fahrzeugen und Geräten so in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, dass alle Interessen erkannt, gewichtet und zum Ausgleich gebracht werden können.

FDP

Aus unserer Sicht überwiegen die Vorteile einer direkten Zuweisung. Zum einen kann hier eine effiziente Ressourcenverteilung stattfinden, denn die Landkreise kennen ihre eigenen Bedürfnisse am besten und können die Ausrüstung gezielt einsetzen. Zum anderen die schnelle Reaktionszeit, denn durch den direkten Zugang zu den Ressourcen können die Kommunen im Notfall schnell handeln, ohne auf externe Genehmigungen oder Zustimmungen warten.

Die Linke

Da die Fachmensen vor Ort am besten beurteilen können, wie Schutz sicherzustellen und wie Handlungsfähigkeit bei Katastrophen gewährleistet werden kann, muss die Planung nicht topdown sondern von unten nach oben gehandhabt und tatsächliche Bedarfe ermittelt und entsprechende Fahrzeuge und Geräte zu Verfügung gestellt werden.

Um die Zukunft der Hessischen Orchesterlandschaft zu sichern, wird es auch weiterhin Fördermöglichkeiten durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst über den Hessischen Musikerverband e.V. geben. Jedoch wird auch für die Feuerwehrorchester die Frage der Nachwuchsgewinnung in Zeiten des demographischen Wandels zunehmend eine Herausforderung darstellen. Hier könnten attraktivere Fortbildungsangebote und eine größere Vernetzung zwischen den Amateurorchestern eine

Die FDP sieht die Feuerwehrvereine als Kulturträger, die für Tradition, die Sicherung der Lebensqualität und die Identifikation mit dem lokalen Umfeld stehen. In dieser Funktion soll es ihnen auch möglich sein, finanzielle Mittel aus dem Bereich der Kulturförderung zu erhalten. Wir stehen diesbezüglichen Überlegungen und Anregungen offen gegenüber und werden den Dialog mit ihnen gerne fortsetzen. Außerdem wollen wir bürokratische Hürden abbauen, die teilweise in unverständlicher Weise die Zusam-

Feuerwehrvereine und Verbände haben eine sehr lange Tradition. Besonders im ländlichen Raum sind sie Kulturträger und auch Kulturbewahrer in den Kleinststädten und Dörfern. Ihre Tätigkeiten gehen weit über die originären Tätigkeiten der Feuerwehr hinaus. Sie leben vom Engagement und Ehrenamt der Menschen vor Ort. Daher möchte DIE LINKE ihnen ermöglichen, auch Gelder aus den Kulturfonds beantragen und erhalten zu können.

Frage

» Unser Ziel ist es Möglichkeiten zu suchen, wie Menschen, die nicht in den Einsatzabteilungen aktiv sein können/wollen, sich in die Arbeit der Feuerwehr einbringen können. Wie unterstützen Sie dies?

» Was tun Sie, um die Anerkennungskultur für langjährigen Dienst in Feuerwehr und Katastrophenschutz auszubauen?

CDU

läen der Freiwilligen Feuerwehren, mit denen das Land auf die unermüdliche Arbeit der Feuerwehren zum Schutz der Bürger aufmerksam macht und sie würdigt.

Wertschätzung für ein oft jahrelanges Engagement hört nicht mit einer Altersgrenze auf und sich einzubringen ist nicht nur im aktiven Einsatz möglich. Die Erfahrung und das Engagement von Senioren sind auch nach Erreichen der Altersgrenze für den aktiven Einsatz wichtig und willkommen, zum Beispiel in der Ausbildung, der Brandschutzerziehung und -aufklärung oder der Pressearbeit. Das gilt natürlich auch für Menschen, die aus anderen Gründen nicht aktiv im Notfalleinsatz sein können – sie engagieren sich bereits als Vorstandsmitglieder oder oft auch als Betreuerinnen und Betreuer der Kinderfeuerwehren. Sich einzubringen hat viele Facetten. Das möchten wir auch in Zukunft honorieren und fördern.

Wir setzen uns seit jeher für den Ausbau der Anerkennungskultur ein, damit den Helferinnen und Helfern die gesellschaftliche Wertschätzung zuteilwird, die ihr ehrenamtlicher Einsatz im Dienst der Gemeinschaft verdient.

SPD

Wer sich aktiv bei den Feuerwehren auch außerhalb der Einsatzabteilungen beteiligen möchte, sollte die Möglichkeit dazu bekommen. Diese Einschätzung des Landesfeuerwehrverbandes teilen wir. Gerne würden wir über mögliche Unterstützungsmaßnahmen mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Als SPD Hessen möchten wir den Respekt vor Einsatzkräften erhöhen. Zur Anerkennung gehört aber eben nicht nur Respekt, sondern auch eine faire Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen und eine Feuerwehrzulage, die Ruhegehaltsfähig ist.

Die Grünen

Möglichkeit bieten, für eine größere Bekanntheit zu sorgen und gleichzeitig neue Zielgruppen zu erschließen.

Um mehr Menschen für einen ehrenamtlichen oder auch nur punktuellen Einsatz im Brand- und Katastrophenschutz zu gewinnen, unterstützt die Hessische Landesregierung die Vereine u.a. mit der Kampagne »1+1=2 – eine starke Verbindung«. Mit den kostenlos zur Verfügung gestellten Materialien, wie Filmen, Plakaten und Roll-ups soll für die Arbeit der Einsatzkräfte geworben und für das Thema Ehrenamt und Beruf sensibilisiert werden. Außerdem wollen wir die koordinierende Rolle der Landes-Ehrenamtsagentur weiter stärken. Darüber hinaus gibt es noch den von Bund und Ländern initiierten »Tag des Bevölkerungsschutzes«, in dessen Rahmen die Bürgerinnen und Bürger mit den Aufgaben des Brand-Katastrophenschutzes vertraut gemacht werden und für eine aktive Mitarbeit begeistert werden sollen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, eine Ehrenamtsstrategie für das Land Hessen zu erarbeiten, die die Förderstrukturen für ehrenamtliches Engagement weiterentwickelt.

Um den Einsatzkräften die wohlverdiente Anerkennung auszusprechen, wird jährlich der hessische Katastrophenschutzpreis verliehen. Zudem stellt die Hessische Landesregierung pro Jahr 2,4 Millionen Euro für die Auszahlung der Anerkennungsprämie für langjährige Ein-

FDP

menarbeit zwischen Einsatzabteilungen und Feuerwehrvereinen behindern.

Wir Freie Demokraten unterstützen die Idee, dass Menschen, die sich nicht am Einsatzgeschehen beteiligen können oder wollen, auf andere Weise an der Feuerwehr teilhaben können. Dies kann beispielsweise durch die Übernahme von Verwaltungsaufgaben oder anderer besonderer Aufgaben geschehen.

Die FDP setzt sich für eine Wertschätzung und eine Anerkennungskultur für die Feuerwehrmitarbeiter ein. Für die Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren fordern wir ein sog. Feuerwehrzeugnis, das diesen zum Beispiel im Rahmen von Bewerbungen bei einer Stellensuche

Die Linke

Auch Arbeiten, die außerhalb der eigentlichen Einsätze anfallen, müssen verrichtet werden und können einerseits Einsatzkräfte entlasten und Andererseits zu mehr Teilhabe beitragen. Ehrenamtler können zwar keine Form von unmittelbarer »Bezahlung« erwarten, aber Anerkennung in Form von Aufwandsentschädigung, Vergünstigungen und Ehrungen. Dies sollte in jedem Fall vom Land unterstützt werden.

Ehrenamtliches Engagement setzt richtige Rahmenbedingungen voraus, welche durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse teilweise zu erodieren drohen: Leistungs- und Arbeitsdruck, prekäre soziale Umstände, hohe Flexibilität in der Berufswelt und hohe persönliche Indivi-

Frage**CDU****SPD**

Die 2011 von uns eingeführte, nach Dienstjahren gestaffelte Anerkennungsprämie für langjährige aktive Einsatzkräfte betrachten wir als sehr wichtige symbolische Würdigung langjähriger Tätigkeit und sind stolz darauf, als einziges Land dieses deutliche Signal der Wertschätzung zu setzen. Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Prämie daher in dieser Legislaturperiode deutlich erhöht. Wir wollen sie in Zukunft weiter anpassen.

Entwicklung der Besoldungsstruktur der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte

» Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die in den letzten Jahren entstandenen Nachteile in der Besoldung der hessischen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausgleichen bzw. an das Besoldungsniveau, zum Beispiel des Landes Bayern angleichen?

Wir stehen für eine leistungsgerechte und verfassungskonforme Beamtenbesoldung und eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst. Durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 sowie im Jahr 2024 sind zwei wichtige und wesentliche Schritte zur verfassungsgerechten Besoldung in Hessen bereits erfolgreich umgesetzt worden. Dafür investieren wir eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr.

Dieser Schritt ist nur der erste von mehreren erforderlichen Schritten. Dies haben wir als CDU Hessen immer deutlich gemacht. Insgesamt wird die Beamtenbesoldung innerhalb von 18 Monaten um über 10 Prozent erhöht. Wir setzen uns für die Fortführung des eingeschlagenen Weges für eine amtsangemessene Alimentation ein.

Wir wollen die gleiche hohe Wertschätzung für Berufsfeuerwehrleute in ganz Deutschland. Daher sollte es bei der Feuerwehruzulage bundesweit ein Mindestniveau für alle Beamtinnen und Beamten geben, die in allen Ländern ruhestandsfähig sein muss.

Die Grünen

satzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz bereit. Auch zukünftig werden in diesem Bereich weitere Mittel bereitgestellt werden.

FDP

hilfreich sein kann. Dafür hat sich die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag bereits in der laufenden Legislaturperiode eingesetzt. Für den Einsatz in den Freiwilligen Feuerwehren haben wir ermöglicht, dass bei langjährigem Engagement eine Anerkennungsprämie gezahlt werden kann. Auf Bundesebene verfolgen wir weiterhin das Ziel steuerlicher Entlastungen ehrenamtlicher Betätigung.

Die Linke

dualisierung wirken der regelmäßigen Teilnahme an einer Solidargemeinschaft und dem Ehrenamt teilweise stark entgegen. Wir wollen ehrenamtliches Engagement deshalb auch stärken, indem mehr Zeit, soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz hierfür geschaffen wird. Langjähriges Ehrenamt sollte besonders gewürdigt werden. Gerne kommen wir mit Ihnen ins Gespräch, um geeignete Würdigungsformen zu erörtern. Ebenso unsere Möglichkeiten, die Umsetzung zu unterstützen.

Im Gesetz zur weiteren Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 sowie im Jahr 2024, wurden die Beamtenbezüge in verschiedenen Schritten erhöht. So kommt es in den Jahren 2023 und 2024 zu einer zusätzlichen Erhöhung um jeweils 3 % zusätzlich zu der Erhöhung um 2,2 % im Jahr 2023. Zudem gibt es im Jahr 2024 eine Erhöhung um 1,89 %. Alle Anpassungen und Steigerungen werden im Landeshaushalt zu einer Belastung von 657 Millionen € führen. Wir gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren zu weiteren Besoldungsanpassungen kommen wird. Art und Umfang hängen davon ab, wie das Bundesverfassungsgericht über den Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs entscheiden wird.

Die FDP steht in der kommenden Legislaturperiode, soweit Spielraum besteht, der Prüfung einer Anpassung offen gegenüber.

Wir haben die Entscheidungen der Landesregierung, erstens bis heute nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zurück zu kehren und zweitens, die abgeschlossenen Tarifergebnisse nicht zeit- und inhalts-gleich auf die hessischen Beamtinnen und Beamte zu übertragen und drittens sogar Nullrunden zu verordnen und Beihilfeleistungen zu reduzieren, auf das Schärfste kritisiert. Als Landtagsopposition rechnen wir jedes Jahr in unseren Haushaltsanträgen vor, wie ein besser bezahlter und gut ausgebauter Öffentlicher Dienst in Hessen finanzierbar wäre. Leider geben die politischen Mehrheiten bis heute eine Umsetzung dessen nicht her. Dies hat zur Folge, dass insbesondere im Rhein-Main-Gebiet große Schwierigkeiten bestehen, Personal für die Berufsfeuerwehren zu finden und zu halten, da nur wenige Kilometer weiter, in Bayern oder in Rheinland-Pfalz, wesentlich besser bezahlt wird. Die Berufsfeuerwehren haben die Dramatik der Situation in Landtagsanhörungen mehr als deutlich gemacht. Demnach

Frage**CDU****SPD****Klimapolitik und Mobilität**

» Welche konkreten Maßnahmen planen Sie im Bezug auf die Auswirkungen der geänderten Anforderungen hinsichtlich der Mobilität von ehrenamtlich Tätigen?

Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen – das betrifft auch das Ehrenamt. Wir stehen daher zur individuellen Mobilität: Mit dem Auto, der Bahn, dem Bus oder dem Flugzeug, ebenso wie mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Mobilität muss sich an den Wünschen der Menschen orientieren. Mobilität muss sich am Bedarf ausrichten, und dafür ist das Auto vor allem in den ländlichen Räumen weiterhin unverzichtbar. Wir treten deshalb ein für den Mobilitätsfrieden und werben für Verkehr ohne Ideologie.

Wir werden den erfolgreichen Weg des Deutschlandtickets in Hessen konsequent weitergehen und gerade den ÖPNV, auch im ländlichen Raum, ausbauen.

Die Grünen

FDP

Die Linke

schon heute einige Feuerwehrwagen nicht mehr voll besetzt werden. Die CDU-geführte Landesregierung macht – abgesehen von Lohn- und Investitionssteigerungen im Wahljahr – bis jetzt keine Anstalten, von dieser Linie abzurücken.

Vorausschauend hat die Landesregierung bereits vor einiger Zeit den Ausbau von e-Learning-Angeboten an der Landesfeuerwehrschule vorangetrieben. Dadurch lassen sich bereits im Vorfeld einige Fahrten für ehrenamtlich Tätige vermeiden. Zudem streben wir langfristig ein vergünstigtes ÖPNV-Ticket für alle Hessinnen und Hessen an, das dann auch allen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen wird.

Beim Feuerwehrbedarfsplan und den Standortentscheidungen muss das veränderte Mobilitätsverhalten der Feuerwehrleute berücksichtigt werden. Das betrifft insbesondere die Möglichkeiten der Feuerwehrleute, binnen der kurzen Hilfsfristen die Feuerwehrstandorte zu erreichen. Außerdem werden wir auch in Zukunft Feuerwehrfahrzeuge mit Diesel bzw. E-Fuels benötigen, um einsatzfähig zu sein, da nicht immer eine E-Tankstelle zum Aufladen der Einsatzfahrzeuge vorhanden sein wird.

Wir werden klimafreundliche Mobilität in jedem Fall auch finanziell fördern.

Landtagswahl: Wahlsystem und Rechtsgrundlagen

Der Hessische Landtag besteht aus 110 Abgeordneten, die nach den Grundsätzen einer personalisierten Verhältniswahl gewählt werden; d.h. 55 Abgeordnete werden im Wahlkreis und 55 Abgeordnete aus Landeslisten gewählt. Auf diese Weise sollen die Vorteile der beiden Wahlsysteme – der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl – kombiniert werden. Daher haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine »Wahlkreisstimme« für die Wahl einer oder eines Wahlkreisabgeordneten und eine »Landesstimme« für die Wahl einer Landesliste. Es besteht keine Verpflichtung, beide Stimmen abzugeben. Wird nur die Wahlkreisstimme oder nur die Landesstimme abgegeben, gilt die nicht abgegebene Stimme als ungültig. Nach dem Landesstimmergebnis richtet sich die Zahl der Sitze, die auf die Parteien und Wählergruppen im Land insgesamt entfällt. Die Listen sind starr, die Wählerinnen und Wähler können die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber nicht beeinflussen.

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Land Hessen haben. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 18

Jahre alt ist und seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Hessen hat.

Berechnung der Sitze

Bei der Sitzverteilung werden nur solche Landeslisten berücksichtigt, die mindestens 5 % der abgegebenen gültigen Landesstimmen erhalten haben.

Die Berechnung wird nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare/Niemeyer) wie folgt vorgenommen: Zahl der zu vergebenden Sitze (110), multipliziert mit der Zahl der Landesstimmen der Partei oder Wählergruppe, dividiert durch die Gesamtzahl aller Landesstimmen für die an der Sitzverteilung teilnehmenden Landeslisten.

Jede Partei oder Wählergruppe erhält zunächst so viele Sitze wie die Zahl vor dem Komma anzeigt. Sofern die Summe der ganzzahligen Anteile nicht die Gesamtzahl der Sitze ergibt, werden die restlichen Sitze in der Reihenfolge nach der Größe der verbleibenden Bruchteile hinter dem Komma verteilt.

Damit die Wählerinnen und Wähler auch gezielt einzelne Bewerberinnen und Bewerber aussuchen können, wird die Hälfte der Sitze durch relative Mehrheitswahl in den 55 Wahlkreisen vergeben. Gewählt ist, wer die meisten gültigen Wahlkreisstimmen erhalten hat. Mit der Wahlkreisstimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler



Hessischer Landtag – Außenansicht

daher darüber, wer den Wahlkreis im Landtag vertreten soll.

Die von einer Partei oder Wählergruppe gewonnenen Direktmandate werden von der Gesamtzahl der Sitze abgezogen, die die Partei auf Grund der Verhältniswahl im Land gewonnen hat. Die verbleibenden Sitze werden nach der Reihenfolge auf der Landesliste vergeben, wobei gewählte Direktbewerber nicht erneut berücksichtigt werden.

Sperrklausel

Die kandidierenden Parteien erhalten Abgeordnetensitze im Verhältnis der im gesamten Land für sie abgegebenen Landesstimmen. Dabei werden nur diejenigen Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der Stimmen erhalten haben (Sperrklausel). Die erhaltenen Landesstimmen entscheiden daher über den Wahlerfolg der Parteien.

Überhang- und Ausgleichsmandate

Ist die Zahl der Direktmandate einer Partei größer als die Zahl der ihr auf Grund der Verhältniswahl zustehen-

den Sitze, kommt es zu »Überhangmandaten« sowie zu »Ausgleichsmandaten« für die anderen Parteien.

Wird durch verschiedene Gesamtsitzzahlen der Sitzanspruch der Parteien, die Überhangmandate erhalten haben, erfüllt, muss eine Auswahlentscheidung getroffen werden. Es ist diejenige Gesamtsitzzahl zu wählen, bei der die Summe der Abweichungen der tatsächlichen prozentualen Sitzanteile der an der Sitzverteilung teilnehmenden Parteien und Wählergruppen von ihren jeweiligen idealen prozentualen Sitzanteilen, die ihrem Landesstimmenproporz entsprechen, so klein wie möglich ist.

Zur Berechnung der Verteilung der Überhang- und Ausgleichsmandate hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen (StGH) in seinem Urteil vom 11. Januar 2021 Ausführungen gemacht. Dem Urteil des Staatsgerichtshofes gingen zwei Wahlprüfungsbeschwerden voraus. Die Beschwerden wurden zurückgewiesen und die Wahl zum 20. Hessischen Landtag für gültig erklärt.

Quelle: <https://wahlen.hessen.de/landtagswahlen/wahl-system-und-rechtsgrundlagen>



WAS WIR TUN

- Schnelle & unbürokratische Hilfe, insbesondere in Notlagen.
- Förderung der Nachwuchsarbeit in Kinder- & Jugendfeuerwehren.
- Veranstaltungen rund ums Ehrenamt - auch international.
- Unterstützung von Forschung & Entwicklung im Brandschutz.
- Stärkung des Gedankens der Unfallverhütung.
- Dialog & Austausch mit der gewerblichen Wirtschaft
- Projekte und Informationen zum öffentlichen Brand- & Katastrophenschutz.

Werte wie Teamwork, Respekt und Verantwortung sind uns wichtig. Außerdem stehen wir für gelebte Toleranz sowie Integration. Diese Ideale zu vermitteln und zu fördern ist unser Ziel - in den Feuerwehren und in der Gesellschaft!

www.hessische-feuerwehrstiftung.de

HELLEN SIE MIT!

UNTERSTÜTZEN SIE UNS

WERDEN SIE TEIL EINER STARKEN GEMEINSCHAFT!



GEMEINSAM SICHER UND STARK!



AM TAG DEINE KINDER BETREUT AM ABEND MENSCHEN IN NOT

Film und Infos unter: www.einestarkeverbindung.org

